

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erchein täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4,50 Mk., durch unsere Ausleger eingetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 6,25 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15,75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Debitoren und Besteller sowie andere Ausleger und Geschäftsleute nehmen jedwede Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Zeitgeber keine Haftung auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 Mk. für die 6spaltige Anzeigenzeile oder deren Raum, Restamen, die 2spaltige Anzeigenzeile 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (für den Behörden) die 2spaltige Anzeigenzeile 3 Mk. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abnahmepreis enthält, wenn der Betrag durch Schecks eingezogen werden muß oder bei Nachzahlung in Frankfurt gezollt.

Errschein seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rössig, für den Inzeratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 204.

Donnerstag den 1. September 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Obstverkauf im Verwaltungsgebäude täglich 8—1 Uhr für alle Bewohner. darauf aufmerksam, daß bei nicht genügender Abnahme durch unsere Einwohnerchaft Verkauf nach auswärts stattfinden muß.
Von heute ab kommen Dauertäfel bester Sorten für die Winterbevorratung zum Verkauf. Pfundpreis 1 Mk. 1,20 Mk., 1,50 Mk. Wir machen
Wilsdruff, am 30. August 1921

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Völkerrundrat wird die Entscheidung über Oberschlesien vermutlich erst Ende September oder Anfang Oktober treffen.
- * Deutschland hat die bis 31. August an die Entente zu zahlende Goldmilliarde abgeliefert und damit seine Verpflichtungen bis zum Jahresende erfüllt.
- * Die Vertreter der Gewerkschaften hatten mit dem Reichskanzler eine Besprechung über die Sicherung von Ruhe und Ordnung.
- * Bei der Suche nach den Mördern Erzbergers wurde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen, u. a. der Eltern des Fährhirschs v. Hirschfeld.
- * Der deutsche Bürgermeister Dr. Häfner in Lipine bei Beuthen wurde auf offener Straße erschossen.
- * Die Marokkaner haben drei spanische Stellungen in der Gegend von Larache angegriffen. Die Spanier mußten zwei von diesen Stellungen räumen. Einzelheiten fehlen noch. Man befürchtet, daß die Spanier eine schwere Schlappe erlitten haben.

Die erste Sitzung in Genf.

Die Aufmerksamkeit der Welt, auch der nichtdeutschen, ist durch die Tragödie von Griesbach und alles, was sich an sie anschließt, etwas von Oberschlesien und dem Völkerrundrat, der nun an die Lösung dieser großen internationalen Streitfrage herangehen soll, abgelenkt worden. So kommt es, daß der Zusammenritt dieser erlauchten Körperschaft, der sonst mit großem Spektakel vor sich zu gehen pflegte, diesmal ein kaum beachtetes Ereignis geblieben ist, was im Interesse der Sache nur bedauert werden kann.

Aber die erste Sitzung hat natürlich an sich noch keine besondere Bedeutung zu beanspruchen. Sie galt lediglich der Konstituierung des Völkerrundrates und hatte nicht viel mehr zu tun als den Bericht ihres Vorsitzenden, Grafen Jshii, entgegenzunehmen und sich, wie dieser es dem Ministerpräsidenten Briand gegenüber schon getan, nun auch formell mit der Übernahme des Mandats zur Erstattung eines Gutachtens über die ober-schlesische Frage einverstanden zu erklären. Graf Jshii hatte der Versammlung eine Fülle schriftlichen Materials zur Urteilsbildung über Oberschlesien beigegeben. Sein mündlicher Bericht beschränkte sich lediglich auf einige Begleitworte dazu, in denen er jede sachliche Stellungnahme sorgfältig vermied. Nur soviel sagte er hinzu, daß nach dem Wortlaut des Versailles

Vertrages keine bestimmte Lösung vorgeschrieben oder ausgeschlossen sei — womit also auch, im Gegensatz zu der sehr geflüstert geltend gemachten Überzeugung der Franzosen, die Möglichkeit gegeben ist, daß Oberschlesien nicht geteilt wird. Das Ergebnis der Volksabstimmung, so betonte Graf Jshii weiterhin, sei leider nicht derart gewesen, daß man nur nach dem Willen der Bevölkerung entscheiden könne, und auch aus der geographischen und wirtschaftlichen Lage ließe sich nicht mit Bestimmtheit eine Grenzlinie ableiten. Deutsche Industriestädte seien von polnischen Landgemeinden umgeben und der Kohlenstoff wegen von abgelegeneren Gebieten abhängig. Deshalb müsse zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und dem Willen der Bevölkerung ein vernünftiger Ausgleich gefunden werden.

Diese wenigen Worte umschließen in der Tat den Kern aller Schwierigkeiten, die in der ober-schlesischen Frage gegeben sind und dem Obersten Rat eine einheitliche Stellungnahme bis zur Unmöglichkeit erschweren haben. Sie sind der Rieder Schlag der Überzeugung, die jeder, der sich den ober-schlesischen Dingen auch nur mit geringer Unparteilichkeit nähert, gewinnen muß: daß Oberschlesien in der Tat eine Einheit darstellt, die unlosbar ist, wenn nicht die abzutrennenden Teile reitungslos zugrunde gehen sollen. Die Städte sind von dem sie umgebenden Land, das Land von den eingeschlossenen Städten abhängig. Die Arterie Plesch und Hybnitz hängen mit dem nördlicheren Industriebezirk ihrer Versorgung, ihrer Versorgung und ihrem Verkehr nach untrennbar zusammen, gar nicht erst zu reden von dem eigentlichen Zentrum des Industriegebietes, das in deutsche und polnische Gebiete zu teilen ein Verbrechen und ein Wahnsinn wäre. Kein Wunder, daß bei dieser Sachlage diejenigen schier verzweifeln möchten, die sich nun einmal in den Kopf gesetzt haben, daß Oberschlesien geteilt werden müsse. Zum Teil glauben sie dazu durch die Wortfassung des Versailles Vertrages genötigt

zu sein, der nicht nur bestimmt, daß das Ergebnis der Abstimmung nach Gemeinden festgestellt werden soll, gemäß der Stimmeneinheit in jeder Gemeinde, sondern auch der Interalliierten Kommission in Opatow den Auftrag gibt, neben ihrem Bericht über die Abstimmung einen Vorschlag über die als Grenze in Oberschlesien anzunehmende Linie vorzulegen. Auf diese Anweisung berufen sich diejenigen, die unter allen Umständen eine neue Grenze für Deutschland in Oberschlesien für erforderlich halten.

Gegen die Schließigkeit dieser Beweisführung sind indessen schon von anderer Seite sehr ernste Einwände erhoben worden. In der Tat muß die Anweisung an die Interalliierte Kommission dahin verstanden werden, daß eine neue Grenzlinie nur dann in Betracht zu ziehen sei, wenn eben die Voraussetzungen für sie gegeben sind, also einmal eine entsprechende Willensmeinung der Bevölkerung, und dann eine solche geographische und wirtschaftliche Lage der in Frage kommenden Ortschaften zueinander, daß ihre Trennung in einen deutschen und einen polnischen Teil ohne lebensgefährliche Schädigung der vorhandenen geographischen, wirtschaftlichen und sonstigen Zusammenhänge möglich wäre. Ergab sich also aus der Abstimmung und aus der Untersuchung der Gesamtlage des Landes die Undurchführbarkeit einer Teilung, so bleibt für die Entschcheidung in anderer Richtung, als eben das Selbstbestimmungsrecht des über seine Zukunft befragten Volkes. Nur wenn sich in irgend einem Teile des Gebietes, das für sich allein zu existieren die Möglichkeit hätte, eine ausgeglichene Minderheitsgruppe gezeigt hätte, könnte von einer nationalen Loslösung die Rede sein. Im übrigen muß doch wohl auch die Tatsache eingermessen ins Gewicht fallen, daß Oberschlesien nichts weniger als herrenloses Gut ist. Es ist auf rechtmäßige Weise vor Jahrhunderten Bestandteil Preußens bzw. des Deutschen Reiches geworden, ist mit deutscher Arbeit, deutscher Kultur, deutschem Fleiß gesättigt worden und trägt durch und durch die deutlichsten Spuren seiner Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft. Daß beim Vorliegen solcher Bedingungen zugunsten des bestehenden Rechtszustandes zu entscheiden ist, wenn für einen neuen Rechtszustand absolut keine befriedigenden Richtlinien und Unterlagen zu finden sind, sollte doch wohl für eine Körperschaft, die nicht nach politischen, sondern lediglich nach rechtlichen Gesichtspunkten zu entscheiden hat, außer Zweifel sein.

„Seien wir gerecht und ohne Furcht.“ Nach diesem Wahlspruch von Lord Robert Cecil will der Völkerrundrat, wie eines seiner Mitglieder sich der Presse gegenüber äußerte, an die Lösung der ihm anvertrauten Frage herangehen. Wir können nur wünschen, daß er dieser Aufforderung gemäß auch handeln möge.

Die Kriminalisten bei der Arbeit.

Verhaftung der Eltern Hirschfelds.
Die Polizei verfolgt gegenwärtig mehrere Spuren, die zur Ermittlung der Mörder Erzbergers führen könnten. So hat sich z. B. ein Schwarzwalder Leuzist gemeldet, mit dem die mutmaßlichen Mörder zwei Tage lang zusammen in Liebenzell weilten. Er beschrieb sie als zwei Herren mit norddeutschem Dialekt, deren Hauptgesprächsthema die Person Erzbergers war. Von einer Absicht, Erzberger zu beseitigen, sprachen die Herren nicht. Die Angaben über die Persönlichkeit der Täter sind so genau und klar, daß sie der Behörde eine zuverlässige Grundlage für die weiteren Ermittlungen geben.

Der härteste Verdacht scheint sich aber im Augenblick gegen den früheren Fährhirscht Otto von Hirschfeld zu richten, der bekanntlich wegen seines verschollenen Ansehens auf Erzberger vom Februar 1920 eine 1½ jährige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte. Er war aber wegen angeblicher Krankheit am 27. April 1921 von der Staatsanwaltschaft auf vier Monate aus dem Gefängnis beurlaubt worden. Die Urteilsfrist lief am Sonnabend, 27. August, ab, ohne daß er sich zur weiteren Strafverbüßung im Gefängnis einfindet. Als die Polizei erfuhr, daß Hirschfeld sich mit seinen Eltern im Dorfe Altmich bei Raumburg aufhalten sollte, ersuchte sie sofort den Landrat von Raumburg um Feststellung darüber. Die Antwort des Landrats lautete dahin, daß Hirschfeld nicht in Altmich sei, sondern daß sich dort lediglich seine Eltern aufhielten, die über den Verbleib ihres Sohnes seit dem 9. August nichts mehr wissen wollen. Da die letztere Aussage ungläubig erschien und da ferner nach den bei der Berliner Polizei vorhandene Unterlagen die Mutter in den Plan des früheren Attentats des Sohnes vorher eingeweiht war, hat die Polizei

die Eltern vorläufig verhaftet.
Nach ihren Aussagen sollte Otto v. Hirschfeld bei Parteifreunden in Rheinsberg sein. Dort war er aber wieder abgereist und hat sich dann auf mehreren Gütern der Part aufgehalten. Die Polizei glaubt, daß er sich

dort verborgen hält. Es sind bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen. Bei der Berliner Kriminalpolizei sind bisher Tausende von Briefen eingelaufen, in denen zahllose Persönlichkeiten angegeben werden, die bei irgendeiner Gelegenheit Drohungen gegen Erzberger ausgesprochen hätten. Außerdem finden sich Hunderte von Zeugen ein, die angeblich mit den Mördern in Verbindung gestanden hätten. Ein ganzes Heer von Beamten ist nur damit beschäftigt, diese Angaben zu prüfen.

Neue Spuren.

Bei der Firma Reiners in Heidelberg hatten sich dieser Tage zwei junge Männer Anzettel bestellt. Sie nahmen die Anzüge in Empfang und kleideten sich sofort um. Bei der Bezahlung wurde festgestellt, daß beide über große Geldbeträge verfügten. Dem Inhaber der genannten Firma war das Verhalten der beiden aufgefallen. Er benachrichtigte sofort die Polizei, die die beiden Männer, als sie mit einem Auto davonfahren wollten, verhaftete. Im Auto versuchte einer von ihnen, seinen Revolver zu ziehen, anscheinend, um einen Selbstmordversuch zu unternehmen. Es liegt der Verdacht nahe, daß man in den beiden Verhafteten die beiden Mörder Erzbergers gefunden hat; indessen muß diese Annahme zunächst mit allem Vorbehalt ausgesprochen werden.

In Berlin wurden zwei junge Leute E. und W. festgenommen, die sich durch auffälliges Verhalten verdächtig gemacht haben und zur Zeit des Mordes beide von Berlin abwesend waren. Das Äußere der beiden Festgenommenen trifft im allgemeinen auf die Personalbeschreibung der Griesbacher Täter zu. Bemerkenswert ist, daß der festgenommene E. nach seiner eigenen Angabe in Berlin einen politischen Nachrichtenendienst für die Organisation „Oberland“ unterhält, dessen Zentrale sich noch jetzt in Breslau befinden soll. Bis zur Revolution gehörten E. und W. der Kadettenanstalt in Lichterfeld, und zwar zuletzt als Fähnriche an. Trotzdem werden die Nachforschungen nach Hirschfeld fortgesetzt.

„Gegen rechts.“

Amliche Erläuterung der neuen Verordnung.
Die neue Verordnung zum Schutze der staatlichen Ordnung, durch die die Presse- und Versammlungsfreiheit in bestimmtem Maße eingeschränkt wird, ist von zuständiger Seite noch besonders erläutert worden, und zwar in dem Sinne, daß der Wortlaut der Verordnung neutral gehalten sei. Aber die Reichsregierung wolle auch keinen Zweifel darüber lassen, daß die Maßnahmen unter den heutigen Verhältnissen in erster Linie als gegen rechts gerichtet anzusehen seien.

Wie von anderer Seite verlautet, stellt sich die innere Lage auf Grund der an den maßgebenden Stellen vorliegenden Nachrichten noch als weit ernster dar, als es nach außen hin den Anschein hat. Die Erregung in der organisierten Arbeitererschaft könnte zu den schwerwiegendsten Folgen führen, wenn sie nicht den Eindruck gewinnt, daß die Regierung wirklich zu einem energischen Vorgehen in ihrem Sinne entschlossen sei. Man spricht sogar von der Gefahr der Proklamierung des Generalkriegs im ganzen Reiche.

Drohungen gegen den Kanzler.

Wie ein Berliner Blatt zu melden weiß, sind dem Reichskanzler Dr. Wirth in den letzten Tagen, besonders zahlreiche schriftliche, ja sogar telefonische Drohungen zugegangen, desgleichen anderen führenden Persönlichkeiten, die der Regierung nahestehen oder als Gegner des Rechtsradikalismus bekannt sind.

Die Gewerkschaften beim Kanzler.

Mehrere Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und des Arbeiterbundes hatten eine Unterredung mit dem Reichskanzler. Sie richteten an den Reichskanzler die dringende Anforderung, in schärfster Weise durchzugreifen. Insbesondere forderten sie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Mitteldeutschland und Ostpreußen, das Verbot für Angehörige der Reichswehr, an antirepublikanischen Kundgebungen teilzunehmen, wie überhaupt die Ergreifung energischer Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Republik. Sie erklärten ausdrücklich, daß die hinter ihnen stehenden

11 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten willens seien, sich zum Schutze der demokratischen Republik der Regierung rüchlos zur Verfügung zu stellen. Sie erwarteten von der Regierung, daß sie unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen treffe. Der Reichskanzler erklärte in seiner Erwiderung, daß er die von den Vertretern der Gewerkschaften vorgetragene Besorgnisse teile. Wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, die auch er für wünschenswert halte, sei mit dem betreffenden Lan-